Die Neuerungen im Südtiroler Vergabegesetz

Entwicklungen und Tendenzen der Südtiroler Vergabegesetzgebung

RA Dr. Jakob Baldur Brugger

Vortrag für Koiné

Bozen, am 05.12.2017

© 2017

Entwicklung des Südtiroler Vergabegesetzes

- Landesgesetz vom 17.12.2015, Nr. 16: „Bestimmungen über die öffentliche Auftragsvergabe“
- Landesgesetz vom 12.07.2016, Nr. 15: „Omnibus 2016“
- Landesgesetz vom 27.01.2017, Nr. 1: „Änderungen des Landesgesetzes vom 17. Dezember 2015, Nr. 16, Bestimmungen über die öffentliche Auftragsvergabe"
- Landesgesetz vom 06.07.2017, Nr. 8: „Omnibus 2017“
- Stabilitätsgesetz 2018

© 2017

Entwicklung des Südtiroler Vergabegesetzes

- Korrektur materieller Fehler
- Anpassung an staatliche Vorgaben
- Nutzung neuer Spielräume

© 2017

Zuständigkeit des Landesgesetzgebers

gvD 18.04.2016, Nr. 50, Art. 2: Competenze legislative di Stato, regioni e province autonome

1. Le disposizioni contenute nel presente codice sono adottate nell'esercizio della competenza legislativa esclusiva statale in materia di ***tutela della concorrenza***, ***ordinamento civile***, nonché nelle altre materie cui è riconducibile lo specifico contratto.

2. Le Regioni a statuto ordinario esercitano le proprie funzioni nelle materie di competenza regionale ai sensi dell'articolo 117 della Costituzione.

3. Le Regioni a statuto speciale e le Province autonome di Trento e di Bolzano ***adeguano la propria legislazione*** secondo le disposizioni contenute negli statuti e nelle relative norme di attuazione.

© 2017

Zuständigkeit des Landesgesetzgebers

gvD 07.09.2017, Nr. 162, Art. 1

1. Le Province autonome di Trento e di Bolzano disciplinano con legge provinciale, nel rispetto della ***normativa dell'Unione europea*** e delle ***norme legislative fondamentali di riforma economico-sociale***, ivi comprese quelle che stabiliscono i ***livelli minimi di regolazione*** richiesti dal diritto dell'Unione europea in materia di appalti e concessioni, le procedure di aggiudicazione e i contratti pubblici, compresa la fase della loro esecuzione, relativi a lavori, ***servizi e forniture*** ai sensi dell'articolo 8, comma 1, numeri 1) e 17) del decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, attenendosi al predetto principio di cui all'articolo 32, comma 1, lettera c), della legge 24 dicembre 2012, n. 234.

2. Con la legge di cui al comma 1, e nel rispetto degli stessi limiti ivi previsti, possono essere previsti interventi atti ad agevolare la partecipazione agli appalti pubblici delle piccole e medie imprese (PMI), in quanto importanti fonti di competenze imprenditoriali, d'innovazione e di occupazione.

© 2017

Landesgesetz 16/2015 - Aufbau

1. Allgemeine Bestimmungen
2. Subjekte, Funktionen und Instrumente
3. Programmierung und Planung
4. Berechnung des Auftragswertes und Schwellenwerte
5. Architekten- und Ingenieursleistungen
6. Vorbereitende Tätigkeiten
7. Abwicklung der Verfahren
8. Vergabe in Eigenregie
9. Ausführung
10. Soziale und andere besondere Dienstleistungen
11. Aufhebungen

© 2017

Neufassung Artikel 7

Alt

(1) Die öffentlichen Auftraggeber genehmigen das Jahresprogramm der öffentlichen Bauaufträge und der damit zusammenhängenden Dienstleistungen und Lieferungen in den Bereichen Hoch- und Tiefbau, Gesundheitswesen sowie Umweltbereich; Instandhaltungsarbeiten fallen nicht unter das Jahresprogramm.

(2) Das Programm enthält die zu vergebenden öffentlichen Bauwerke und Bauarbeiten sowie Dienstleistungen und Lieferungen, für welche vom öffentlichen Auftraggeber die technischen Eigenschaften gemäß Artikel 8 Absatz 1 genehmigt worden sind.

(3) Das Programm laut Absatz 1 enthält eine nach Bereichen getrennte Aufstellung der Bauleistungen, Dienstleistungen und Lieferungen sowie den globalen und den nach Bereichen getrennt erstellten Finanzplan und gibt die voraussichtliche Dauer für die Durchführung der Vorhaben an. Das Programm kann überarbeitet werden.

(4) Die Genehmigung des Programms der öffentlichen Bauvorhaben kommt der Gemeinnützigkeits-, Dringlichkeits- und Unaufschiebbarkeitserklärung bezüglich dieser Vorhaben gleich.

(5) Im Falle von Dringlichkeitsmaßnahmen oder von außerordentlichen oder unvorhergesehenen Erfordernissen oder eines Notstandes sowie von Änderungen aufgrund neuer Gesetze oder Verordnungen kann vom Programm abgewichen werden.

Neu

(1) Die öffentlichen Auftraggeber wenden das **Zwei**jahresprogramm der Beschaffungen von Gütern und Dienstleistungen und das **Drei**jahresprogramm der öffentlichen Bauaufträge sowie die entsprechenden jährlichen Aktualisierungen an.

(2) Im Falle der Realisierung von öffentlichen Bauvorhaben müssen die Programme die Erhebung der Gesamtrealisierungskosten für die Bereitstellung des Bauwerks ermöglichen, unabhängig von der Anzahl und der Art der Verträge, auf welche sie sich beziehen.

(3) Im Dreijahresprogramm der öffentlichen **Bauaufträge** und in den entsprechenden jährlichen Aktualisierungen sind die **Arbeiten mit einem geschätzten Betrag gleich oder über 100.000 Euro** enthalten, und es sind die im ersten Jahr in die Wege zu leitenden Arbeiten angegeben, welchen zuvor der einheitliche Projektcode laut Artikel 11 des Gesetzes vom 16. Jänner 2003, Nr. 3, zugewiesen worden ist.

(4) Im Zweijahresprogramm der **Lieferungen und Dienstleistungen** und in den entsprechenden jährlichen Aktualisierungen sind die Beschaffungen von Gütern und Dienstleistungen mit einem geschätzten Einheitsbetrag **gleich oder über 40.000 Euro** enthalten.

(5) Die öffentlichen Verwaltungen teilen der Agentur jedes Jahr das Verzeichnis der Beschaffungen von Lieferungen und Dienstleistungen laut Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a) Punkt 1 gemäß den von der Landesregierung festgelegten Modalitäten mit.

(6) Im Falle von Dringlichkeitsmaßnahmen oder falls außergewöhnliche oder unvorhersehbare Erfordernisse oder Naturkatastrophen eintreten sowie im Falle von Änderungen infolge neuer Gesetzes- oder Verordnungsbestimmungen können die Angaben des Jahresprogrammes im Laufe des Bezugsjahres geändert werden.

(7) Das Zweijahresprogramm der Beschaffungen von Gütern und Dienstleistungen und das Dreijahresprogramm der öffentlichen Bauaufträge sowie die entsprechenden jährlichen Aktualisierungen werden auf der Plattform „Informationssystem öffentliche Verträge“ veröffentlicht, welche für die gleichzeitige Weiterleitung an die zuständigen zentralen Stellen sorgt, gemäß den Bestimmungen zur Nutzung der regionalen Informationsplattformen.

© 2017

Neufassung Artikel 8 Abs. 2-3

Alt

(2) Die Planung im Bereich der öffentlichen Bauleistungen und der Lieferungen gliedert sich in **Ebenen mit zunehmend detaillierten technischen Angaben**, um die Qualität des Bauvorhabens oder der Lieferung und die Übereinstimmung mit dem jeweiligen Zweck zu gewährleisten.

(3) Bei Aufträgen, die vom Land Südtirol vergeben werden, werden Varianten, welche die Eigenschaften des Bauwerks nicht maßgeblich ändern - dazu gehören auch die für die Funktionstüchtigkeit notwendigen Lieferungen - und ein Fünftel der voraussichtlichen Kosten nicht überschreiten, vom zuständigen Landesrat/von der zuständigen Landesrätin genehmigt. Bei Aufträgen, deren voraussichtliche Kosten mehr als fünf Millionen Euro betragen, werden Varianten von der Landesregierung genehmigt.

Neu

(2) Um die Qualität des Bauwerks oder der Lieferung und die Übereinstimmung mit dem jeweiligen Zweck zu gewährleisten, gliedert sich die Planung im Bereich der öffentlichen Bauleistungen und der Lieferungen in **drei Ebenen** mit zunehmender Planungstiefe: Projekt über die technische und wirtschaftliche Machbarkeit, endgültiges Projekt und Ausführungsprojekt.

(3) Bei Aufträgen, die vom Land Südtirol vergeben werden, werden Varianten, welche die Eigenschaften des Bauwerks nicht maßgeblich ändern - dazu gehören auch die für die Funktionstüchtigkeit notwendigen Lieferungen - und ein Fünftel der voraussichtlichen Gesamtkosten nicht überschreiten, vom zuständigen Landesrat/von der zuständigen Landesrätin genehmigt. **Nicht wesentliche Varianten, welche ein Fünftel der voraussichtlichen Gesamtkosten überschreiten, einschließlich der für die Funktionstüchtigkeit des Bauwerks notwendigen Lieferungen, und wesentliche Varianten wird en von der Landesregierung nach der entsprechenden technischen Stellungnahme genehmigt.**

© 2017

Neufassung Artikel 9

Alt

(1) Vorbehaltlich der Bestimmung nach Artikel 10 kann für Bauaufträge bis zu einem Betrag von einer Million Euro und Lieferaufträge bis zu einem Betrag von 207.000 Euro die Planung in einer einzigen Ebene ausgeführt werden. Diese Planungsebene muss alle für das spezifische Bauvorhaben erforderlichen Planungsleistungen umfassen.

(2) Für Bauaufträge bis zu 40.000 Euro, die keine Baukonzession oder andere Genehmigungen oder Auflagen erfordern, **muss kein Projekt erstellt werden.** In diesem Fall muss die Aufforderung zur Angebotsabgabe oder das Angebot selbst, eventuell auch graphisch, so detailliert ausgearbeitet sein, dass die Leistung und die Vergütung in **ausreichendem Ausmaß** erkannt werden können.

Neu

(1) Vorbehaltlich der Bestimmung nach Artikel 10 kann für Bauaufträge bis zu einem Betrag von einer Million Euro und Lieferaufträge **bis zur EU-Schwelle** die Planung in einer einzigen Ebene ausgeführt werden. Diese Planungsebene muss alle für das spezifische Bauvorhaben erforderlichen Planungsleistungen umfassen.

(2) Für Bau- **und damit zusammenhängende Lieferaufträge** mit einem Betrag bis zu 40.000 Euro, die keine Baukonzession oder andere Genehmigungen oder Auflagen erfordern, muss die Aufforderung zur Angebotsabgabe in einer detaillierten Beschreibung der auszuführenden Leistung und einem detailgenauen graphischen Entwurf bestehen, so, dass die Leistung und die Vergütung **eindeutig** erkannt werden können.

© 2017

Neufassung Artikel 12 Absatz 3

(3) Wenn das mittels Verfahren der öffentlich-privaten Partnerschaft oder der Konzession durchzuführende Vorhaben nicht mit den raumordnerischen Vorgaben übereinstimmt, nimmt die öffentliche Verwaltung mit der **Genehmigung des technisch-wirtschaftlichen Machbarkeitsprojekts oder des endgültigen Projekts auch die Änderungen am Bauleitplan** laut Artikel 21 Absätze 1 oder 2 des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13, in geltender Fassung, vor.

© 2017

Neufassung Artikel 24

Alt

(1) Die öffentlichen Auftraggeber können entscheiden, die Angebote vor der Überprüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Einhaltung der Eignungskriterien zu prüfen. Machen sie von dieser Möglichkeit Gebrauch, so stellen sie sicher, dass die Prüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Einhaltung der Eignungskriterien unparteiisch und transparent erfolgt, damit kein Auftrag an einen Bieter vergeben wird, der hätte ausgeschlossen werden müssen beziehungsweise der die Eignungskriterien des öffentlichen Auftraggebers nicht einhält. Der öffentliche Auftraggeber schließt Teilnehmer, welche die Verpflichtungen betreffend die Zahlung von Abgaben oder Sozialbeiträgen nicht erfüllt haben, in folgenden Fällen nicht aus:

a) wenn der Ausschluss eindeutig unverhältnismäßig ist,

b) wenn nur geringfügige Beträge nicht entrichtet worden sind,

c) wenn der Teilnehmer, als er über die exakte Höhe des geschuldeten Betrages informiert wurde, nicht die Möglichkeit hatte, entsprechende Maßnahmen vor Ablauf der Frist für die Teilnahme am Ausschreibungsverfahren zu ergreifen,

d) genehmigte Ratenzahlungen der Sozialbeiträge.

Neu

(1) Die öffentlichen Auftraggeber können entscheiden, die Angebote vor der Überprüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Einhaltung der Eignungskriterien zu prüfen. Machen sie von dieser Möglichkeit Gebrauch, so stellen sie sicher, dass die Prüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Einhaltung der Eignungskriterien unparteiisch und transparent erfolgt, damit kein Auftrag an einen Bieter vergeben wird, der hätte ausgeschlossen werden müssen beziehungsweise der die Eignungskriterien des öffentlichen Auftraggebers nicht einhält.

© 2017

Neufassung Artikel 27 Absatz 10

Alt

(1) Bei mittels Aufforderung durchgeführten Verfahren zur Vergabe von Bauleistungen bis zu einem Betrag von zwei Millionen Euro und von Liefer- oder Dienstleistungen bis zu einem Betrag von 207.000 Euro muss bei der Abgabe des Angebots ***keine Sicherheit*** geleistet werden.

Neu

(1) Bei mittels Aufforderung durchgeführten Verfahren zur Vergabe von Bauleistungen bis zu einem Betrag von zwei Millionen Euro und von Liefer- oder Dienstleistungen bis zur **EU-Schwelle** muss bei der Abgabe des Angebots ***keine Sicherheit*** geleistet werden.

© 2017

Neufassung Artikel 29

Alt

Bei fehlenden, unvollständigen oder wesentlich unrichtigen Elementen und Erklärungen - auch Dritter -, die von den Teilnehmern auf der Grundlage dieses Gesetzes oder anderer normativer Bestimmungen beigebracht werden müssen, werden die staatlichen Rechtsvorschriften angewandt. Kommt ein Teilnehmer der Nachforderung innerhalb von 10 Werktagen nach, hat dies nicht die Anwendung von Strafen zur Folge.

Neu

Das Rechtsinstitut des Untersuchungsbeistands wird von den staatlichen Bestimmungen geregelt und bewirkt in keinem Fall die Anwendung von Geldstrafen.

© 2017

Neufassung Artikel 36

Alt

(1) Für Aufträge bis zu 40.000 Euro müssen keine Sicherheiten geleistet werden.

(2) Die endgültige Kaution ist in der Bekanntmachung oder im Aufforderungsschreiben im Höchstausmaß von 5 Prozent des Vertragspreises festgelegt.

Neu

In der Phase der Vertragsausführung beträgt die Sicherheit, die nach Wahl des Bieters in Form einer Kaution oder einer Bürgschaft geleistet wird, ***zwei Prozent*** *des Vertragspreises. Damit der Sicherheitsbetrag der Art der Leistungen, die Gegenstand des Vertrags sind, und dem damit verbundenen Risiko angemessen und proportional dazu festgesetzt werden kann,* ***kann die Vergabestelle mit Begründung den Betrag der Kaution bis auf ein Prozent reduzieren bzw. bis auf vier Prozent erhöhen.*** *Bei Ausschreibungsverfahren, die von zentralen Beschaffungsstellen in zusammengeschlossener Form durchgeführt werden, ist der Betrag der Sicherheit in der Bekanntmachung oder in der Aufforderung im Höchstausmaß von zwei Prozent des Grundpreises festgelegt. Falls eine Bietergemeinschaft an der Ausschreibung teilnimmt, muss die Bürgschaft alle Unternehmen, aus welchen sich die Bietergemeinschaft zusammensetzt, mit einschließen.*

© 2017

Neufassung Artikel 48 Absatz 1

Alt

*Um allzu häufige Varianten zu verhindern, muss jede Variante, die während der Bauausführung erfolgt, auf **angemessene Weise** und **ausschließlich mit unerwarteten und unvorhersehbaren Begebenheiten** begründet und gerechtfertigt werden, wobei in jedem Fall die **ordnungsgemäße Ermächtigung** durch den einzigen Verfahrensverantwortlichen/die einzige Verfahrensverantwortliche **erforderlich** und insbesondere der **ersetzende Charakter genehmigter Varianten** in Bezug auf alle Ermächtigungen und jegliche Bewilligungsakte zu berücksichtigen ist; dabei hat der öffentliche Auftraggeber **stets die Möglichkeit**, bei gleichzeitiger Gewährleistung der Qualität des Projektes und unbeschadet der Verantwortung des Projektanten im Falle von Planungsfehlern, den **Vertrag aufzulösen**, falls die Varianten im Vergleich zum ursprünglich vorgesehenen Betrag gewisse Schwellenwerte übersteigen.*

Neu

Um allzu häufige Varianten zu verhindern, muss der einzige Verfahrensverantwortliche/die einzige Verfahrensverantwortliche jede Variante, die während der Bauausführung erfolgt, begründen und rechtfertigen.

© 2017

Neufassung Artikel 49 Absatz 3

Alt

Der/Die einzige Verfahrensverantwortliche legt fest, ob die Zahlungen nach Baufortschritten zu erfolgen haben, die alle zwei Monate für Verträge bis zu zwei Millionen Euro und alle drei Monate für Verträge über diesem Betrag anfallen müssen. Bei Weitervergaben und Unteraufträgen muss die direkte Bezahlung der Subunternehmer ***oder Unterauftragnehmer*** *gewährleistet werden ohne dass diese die Direktzahlung beantragen müssen.*

Neu

Der/Die einzige Verfahrensverantwortliche legt fest, ob die Zahlungen nach Baufortschritten zu erfolgen haben, die alle zwei Monate für Verträge bis zu zwei Millionen Euro und alle drei Monate für Verträge über diesem Betrag anfallen müssen. Bei Weitervergaben und Unteraufträgen muss die direkte Bezahlung der Subunternehmer gewährleistet werden ohne dass diese die Direktzahlung beantragen müssen.

© 2017

Neufassung Artikel 51

Alt

Bei Bauaufträgen bis zu insgesamt einer Million Euro kann in folgenden Fällen die ***Fertigstellung der Bauarbeiten den Unterauftragnehmern mittels Verhandlungsverfahren vergeben werden****, sofern sie die entsprechenden Voraussetzungen besitzen und* ***zumindest die Hälfte ihres Vertrags ausgeführt*** *haben:*

a) Vertragsaufhebung zu Lasten des Auftragnehmers,

b) Vertragsauflösung wegen eines gegen den Auftragnehmer behängenden Konkursverfahrens oder einer Zwangsliquidation im Verwaltungsweg desselben.

Neu

Im Falle des Konkurses, der Zwangsliquidation und des Ausgleichs oder im Falle, dass der Auftragnehmer sich in einem Insolvenz- oder Liquidationsverfahren befindet, im Falle der Vertragsaufhebung oder des Rücktritts vom Vertrag im Sinne der geltenden Rechtsvorschriften oder im Falle einer gerichtlichen Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags ***konsultieren die Vergabestellen fortlaufend die Teilnehmer des ursprünglichen Ausschreibungsverfahrens.*** *Die Konsultation erfolgt gemäß ihrer Reihung in der betreffenden Rangordnung für den Abschluss eines neuen Vertrags über die Vergabe der Fertigstellung der Bauleistungen zu denselben Bedingungen, die bereits vom ursprünglichen Zuschlagsempfänger bei der Angebotsabgabe geboten wurden.*

© 2017

Auftragsvergaben im Unterschwellenbereich

Gesetz und Anwendungsrichtlinien

RA Dr. Jakob Baldur Brugger

Vortrag für Koiné

Bozen, am 05.12.2017

© 2017

Schwellenwerte

	Bis 31.12.2017	Ab 01.01.2018 (unbestätigt)
Bauaufträge	5.225.000 €	5.548.000 €
Liefer- und Dienstleistungsaufträge	209.000 €	221.000 €
Liefer- und Dienstleistungsaufträge (Sektorenbereich, Verteidigung/Sicherheit)	418.000 €	443.000 €
Liefer- und Dienstleistungsaufträge (obere und oberste Bundesbehörden)	135.000 €	144.000 €
Soziale und andere besondere Dienstleistungen	750.000 €	?

© 2017

Wozu Schwellenwerte?

- Binnenmarktrelevanz
- Unterhalb der Schwellenwerte gelten allgemeine Grundsätze des Verwaltungsrechtes (vgl. Artikel 97 Verfassung, Staatsgesetz 241/90, Landesgesetz 17/93)
- Unterhalb der Schwellenwerte *können* EU-Regeln gelten (Binnenmarktrelevanz ist in Einzelfall zu prüfen)

© 2017

Unterschwellenverträge laut Staatsgesetz (Art.36 gvD 50/2016)

1. L'affidamento e l'esecuzione di lavori, servizi e forniture di importo inferiore alle soglie di cui all'articolo 35 avvengono nel rispetto dei **principi di cui agli articoli 30, comma 1, 34 e 42**, nonché del rispetto del principio di **rotazione** degli inviti e degli affidamenti e in modo da assicurare l'effettiva possibilità di partecipazione delle microimprese, piccole e medie imprese. Le stazioni appaltanti ***possono***, altresì, applicare le disposizioni di cui all'articolo 50.

2. Fermo restando quanto previsto dagli articoli 37 e 38 e salva la possibilità di ricorrere alle procedure ordinarie, le stazioni appaltanti procedono all'affidamento di lavori, servizi e forniture di importo inferiore alle soglie di cui all'articolo 35, secondo le seguenti modalità:

a) per affidamenti di importo inferiore a 40.000 euro, mediante affidamento diretto **anche senza previa consultazione di due o più operatori economici** o per i lavori in amministrazione diretta;

b) per affidamenti di importo pari o superiore a 40.000 euro e **inferiore a 150.000 euro per i lavori**, o alle **soglie di cui all'articolo 35 per le forniture e i servizi**, mediante **procedura negoziata previa consultazione, ove esistenti, di almeno dieci operatori** economici per i lavori, e, per i servizi e le forniture di almeno **cinque operatori** economici individuati sulla base di indagini di mercato o tramite elenchi di operatori economici, nel rispetto di un criterio di rotazione degli inviti. I lavori possono essere eseguiti anche in amministrazione diretta, fatto salvo l'acquisto e il noleggio di mezzi, per i quali si applica comunque la procedura negoziata previa consultazione di cui al periodo precedente. L'avviso sui risultati della procedura di affidamento, contiene l'indicazione anche dei soggetti invitati;

c) per i **lavori** di importo pari o superiore a 150.000 euro e **inferiore a 1.000.000 di euro**, mediante **procedura negoziata con consultazione di almeno quindici operatori economici**, ove esistenti, nel rispetto di un criterio di rotazione degli inviti, individuati sulla base di indagini di mercato o tramite elenchi di operatori economici. L'avviso sui risultati della procedura di affidamento, contiene l'indicazione anche dei soggetti invitati;

d) per i lavori di importo pari o superiore a 1.000.000 di euro mediante ricorso alle procedure ordinarie fermo restando quanto previsto dall'articolo 95, comma 4, lettera a).

© 2017

Grundsätze (Art. 30 gvD 50/2016)

L’affidamento e l’esecuzione di appalti di opere, lavori, servizi, forniture e concessioni ai sensi del presente codice garantisce la qualità delle prestazioni e si svolge nel rispetto dei principi di **economicità**, **efficacia**, **tempestività** e **correttezza**. Nell'affidamento degli appalti e delle concessioni, le stazioni appaltanti rispettano, altresì, i principi di **libera concorrenza**, **non discriminazione**, **trasparenza**, **proporzionalità**, nonché di pubblicità con le modalità indicate nel presente codice. Il principio di economicità può essere subordinato, nei limiti in cui è espressamente consentito dalle norme vigenti e dal presente codice, ai criteri, previsti nel bando, ispirati a esigenze sociali, nonché alla tutela della salute, dell’ambiente, del patrimonio culturale e alla promozione dello sviluppo sostenibile, anche dal punto di vista energetico.

© 2017

Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien (Art. 34 gvD 50/2016)

1. Le stazioni appaltanti contribuiscono al conseguimento degli obiettivi ambientali previsti dal Piano d'azione per la **sostenibilità ambientale dei consumi nel settore della pubblica amministrazione** attraverso l'inserimento, nella documentazione progettuale e di gara, almeno delle specifiche tecniche e delle clausole contrattuali contenute nei criteri ambientali minimi adottati con decreto del Ministro dell'ambiente e della tutela del territorio e del mare e conformemente, in riferimento all'acquisto di prodotti e servizi nei settori della ristorazione collettiva e fornitura di derrate alimentari, anche a quanto specificamente previsto nell'articolo 144.

2. I **criteri ambientali minimi** definiti dal decreto di cui al comma 1, in particolare i criteri premianti, sono tenuti in considerazione anche ai fini della stesura dei documenti di gara per l'applicazione del criterio dell'offerta economicamente più vantaggiosa, ai sensi dell'articolo 95, comma 6. Nel caso dei contratti relativi alle categorie di appalto riferite agli interventi di ristrutturazione, inclusi quelli comportanti demolizione e ricostruzione, i criteri ambientali minimi di cui al comma 1, sono tenuti in considerazione, per quanto possibile, in funzione della tipologia di intervento e della localizzazione delle opere da realizzare, sulla base di adeguati criteri definiti dal Ministero dell'ambiente e della tutela del territorio e del mare.

3. L'obbligo di cui ai commi 1 e 2 si applica per gli affidamenti di qualunque importo, relativamente alle categorie di forniture e di affidamenti di servizi e lavori oggetto dei criteri ambientali minimi adottati nell'ambito del citato Piano d'azione.

© 2017

Interessenskonflikt (Art. 42 gvD 50/2016)

(1) Le stazioni appaltanti prevedono misure adeguate per contrastare le frodi e la corruzione nonché per individuare, prevenire e risolvere in modo efficace ogni ipotesi di conflitto di interesse nello svolgimento delle procedure di aggiudicazione degli appalti e delle concessioni, in modo da evitare qualsiasi distorsione della concorrenza e garantire la parità di trattamento di tutti gli operatori economici.

© 2017

Sozialklauseln (Art. 50 gvD 50/2016)

1. Per gli affidamenti dei contratti di concessione e di appalto di lavori e servizi diversi da quelli aventi natura intellettuale, con particolare riguardo a quelli relativi a **contratti ad alta intensità di manodopera**, i bandi di gara, gli avvisi e gli inviti ~~possono inserire~~ inseriscono, nel rispetto dei principi dell'Unione europea, specifiche clausole sociali volte a **promuovere la stabilità occupazionale del personale impiegato**, prevedendo l'applicazione da parte dell'aggiudicatario, dei contratti collettivi di settore di cui all'articolo 51 del decreto legislativo 15 giugno 2015, n. 81. I servizi ad alta intensità di manodopera sono quelli nei quali il costo della manodopera è pari almeno al 50 per cento dell'importo totale del contratto.

© 2017

Unterschwellenvergaben laut Staatsgesetz

- Bis 40.000 Euro: Direktvergabe
- Bauleistungen bis 150.000 Euro: Verhandlungsverfahren mit 10 Teilnehmern
- Lieferungen und Dienstleistungen bis EU-Schwelle: Verhandlungsverfahren mit 5 Teilnehmern
- Bauleistungen bis 1.000.000 Euro: Verhandlungsverfahren mit 15 Teilnehmern
- Bauleistungen über 1.000.000 Euro: ordentliche Verfahren

© 2017

Regelung laut Landesgesetz

Art. 17 – Schwellen für freiberufliche Leistungen

(1) Für die Vergabe von Aufträgen betreffend ***freiberufliche Leistungen*** im Zusammenhang mit der Planung und Ausführung öffentlicher Bauaufträge gelten folgende Bestimmungen:

a) unter 40.000 Euro können die Aufträge direkt vergeben werden,

b) für Aufträge ab 40.000 Euro und unter 100.000 Euro müssen mindestens fünf freiberuflich Tätige zur Angebotsabgabe aufgefordert werden,

c) für Aufträge, deren Betrag sich auf 100.000 Euro oder mehr beläuft, und bis zur EU-Schwelle müssen mindestens **zehn** freiberuflich Tätige zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.

(2) Die Landesregierung legt Kriterien fest, welche die Beteiligung von freiberuflich Tätigen, die seit weniger als fünf Jahren zur Ausübung des Berufs zugelassen sind, gewährleistet.

© 2017

Regelung laut Landesgesetz

Art. 26 – Verhandlungsverfahren ohne vorherige Veröffentlichung unter EU-Schwelle

(1) Bei Verhandlungsverfahren ohne vorherige Veröffentlichung einer Ausschreibungsbekanntmachung fordert der/die einzige Verfahrensverantwortliche die Wirtschaftsteilnehmer, welche die vorgesehenen Voraussetzungen erfüllen, mit begründeter Maßnahme zur Einreichung eines Angebots auf. Bei **Bauleistungen bis zu einem Ausschreibungsbetrag von 500.000 Euro** werden mindestens **5** Wirtschaftsteilnehmer eingeladen; **bis zu einem Ausschreibungsbetrag von 1.000.000 Euro** werden mindestens **10 Wirtschaftsteilnehmer** eingeladen. Bei **Lieferungen und Dienstleistungen** mit einem Ausschreibungsbetrag zwischen 40.000 Euro und der EU-Schwelle werden, unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 17, **mindestens fünf Wirtschaftsteilnehmer** eingeladen.

© 2017

Regelung laut Landesgesetz

Art. 27 - Beschleunigung der Verfahren und Zugang der KMU zu den Vergabeverfahren

(2) Um den Zugang zum öffentlichen Beschaffungsmarkt zu erleichtern und die Durchführung öffentlicher Bauarbeiten zu beschleunigen und dadurch die derzeitige Wirtschaftskrise zu bewältigen, können die öffentlichen Auftraggeber Südtirols Bauleistungen bis zu einem Betrag von zwei Millionen Euro durch **Verhandlungsverfahren ohne vorherige Ausschreibungsbekanntmachung** vergeben.

(3) Die Bestimmung laut Absatz 2 wird ab Inkrafttreten dieses Gesetzes vier Jahre lang angewandt.

(4) Bei Vergaben, die die Ausführung von Bauleistungen bis zu einem Betrag von zwei Millionen Euro zum Gegenstand haben, wählt der öffentliche Auftraggeber die aufzufordernden Subjekte nach den in Absatz 5 genannten Kriterien aus. Der Auftraggeber muss auf jeden Fall den **Rotationsgrundsatz** gewährleisten. Auf der Grundlage des Verzeichnisses laut Absatz 5 wählt der/die einzige Verfahrensverantwortliche ***zwölf*** Wirtschaftsteilnehmer aus, die zur Teilnahme aufgefordert werden, und zwar unter Beachtung der **Grundsätze der Rotation**, des freien Wettbewerbs, der Gleichbehandlung, der Nichtdiskriminierung, der Transparenz und der Verhältnismäßigkeit sowie unter Berücksichtigung, einzeln oder zusammen, der verbuchten Erfahrungen der Verwaltung mit dem Unternehmen, der Operativität des Unternehmens in Bezug auf den Ort, wo die Arbeiten ausgeführt werden, und die im Unternehmen auf unbestimmte Zeit beschäftigten Arbeitskräfte, die der Dauer und den Inhalten des Auftrags angemessen sein müssen. Die Wahl auf der Grundlage des **Rotationsgrundsatzes** erfolgt im Rahmen eines transparenten Verfahrens.

© 2017

Regelung laut Landesgesetz

Art. 39 Abs. 2 Buchst. b) – Stillhaltefrist

(2) Die Stillhaltefrist laut Absatz 1 wird in folgenden Fällen nicht angewandt: […] bei Direktvergaben von Bauleistungen, Dienstleistungen und Lieferungen bis zu 40.000 Euro, für Bauleistungen in Eigenregie und für Vergaben mit Verhandlungsverfahren bis zur EU-Schwelle für Dienstleistungen und Lieferungen und bis zu 150.000 Euro für Bauleistungen.

© 2017

Regelung laut Landesgesetz

Art. 58 - Vergabe von Aufträgen im Unterschwellenbereich

(1) Aufträge für Dienstleistungen laut diesem Abschnitt im Unterschwellenbereich können von den öffentlichen Auftraggebern folgendermaßen vergeben werden:

a) Abschluss des Vertrages direkt mit dem für geeignet erachteten Wirtschaftsteilnehmer, wenn der Vertragspreis unter 40.000 Euro liegt,

b) Abschluss des Vertrages nach vorherigem Wettbewerb mittels Einladung von **mindestens drei frei ausgewählten Wirtschaftsteilnehmern**, die ausreichende Gewähr für Qualitätsleistungen bieten und die nachweisen können, den mit dem Vertragsgegenstand verbundenen Bedürfnissen gerecht zu werden, wenn der Vertragswert unter der EU-Schwelle liegt,

c) für Verträge mit einem Wert unter 750.000 Euro, Abschluss des Vertrages nach Durchführung eines **Verhandlungsverfahrens** mit vorheriger Bekanntmachung oder Veröffentlichung von Vorinformationen. In diesem Fall ermitteln die öffentlichen Auftraggeber die einzuladenden Wirtschafsteilnehmer auf der Grundlage von am Markt bezogenen Informationen über die wirtschaftlichen-finanziellen und technisch-organisatorischen Qualifikationsmerkmale unter Beachtung der Grundsätze der Transparenz, des Wettbewerbs und der Gleichbehandlung, und sie laden **mindestens fünf Wirtschaftsteilnehmer** ein, sofern es geeignete Subjekte in dieser Anzahl gibt.

(2) Nach Abschluss des Verfahrens teilen die öffentlichen Auftraggeber das Ergebnis durch eine Vergabebekanntmachung mit, in der jene Informationen enthalten sind, die das Informationssystem für öffentliche Verträge vorgibt oder die im von der Agentur ausgearbeiteten Vordruck angeführt sind.

© 2017

Sublegislative Rechtakte

- ANAC – Richtlinie Nr. 4
- Art. 40 LG 15/2016: *„Die Landesregierung erlässt für die Rechtssubjekte nach Artikel 2,* ***in Übereinstimmung mit den Anwendungsrichtlinien der ANAC, bindende Anwendungsrichtlinien*** *für die Verfahren zur Beschaffung von Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen, für die Auswahl- und Zuschlagskriterien sowie für die Zahlungen und die Buchhaltung.“*
- AÖV – Vademekum

© 2017

Aufträge < 40.000 Euro

ANAC-Richtlinie Nr. 4

4.3.3 L'onere motivazionale relativo all'**economicità** dell'affidamento può essere soddisfatto, ad esempio, mediante un confronto con la spesa per precedenti affidamenti o con il corrispettivo riconosciuto da altre amministrazioni per affidamenti analoghi o, se ritenuto opportuno, mediante il confronto dei preventivi di spesa forniti da due o più operatori economici, la quale rappresenta una *best practice* anche alla luce del principio di concorrenza.

© 2017

Aufträge < 40.000 Euro

Vademekum AÖV

In ragione di una lettura sistematica della disposizione e tenuto conto delle indicazioni fornite da ANAC (v. Linee Guida n. 4), si ritiene debbano essere rispettati i seguenti adempimenti

procedurali:

- indagine di mercato (utile al fine di acquisire informazioni, dati e, documenti volti a identificare le soluzioni presenti sul mercato per soddisfare i propri fabbisogni e la platea dei potenziali affidatari senza l`osservanza di alcuna formalità);

- valutazione comparativa dei preventivi di spesa forniti da due o più operatori economici, ovvero, in alternativa, nel caso di richiesta di un unico preventivo attestazione della relativa congruità (v. sez. 2.4 del presente documento);

- motivazione (nel senso di evidenziare e giustificare l´iter istruttorio condotto per l´individuazione del soggetto affidatario) da inserire nella determina a contrarre (v. sez. 3.2. del presente documento.)

© 2017

Aufträge < EU-Schwelle (Bauarbeiten < 150T)

ANAC Richtlinie Nr. 4

- Marktsondierung
- Auswahl der Teilnehmer am Vergabeverfahren (objektive Kriterien oder Los)
- Keine Stillhaltefrist

© 2017

Bauaufträge < 1MIO

ANAC Richtlinie Nr. 4

- Begründung für Wahl des Verhandlungsverfahrens ab einem Wert von mehr als 500.000 Euro
- SOA
- Stillhaltefrist

© 2017

Nachunternehmer in öffentlichen Aufträgen

„Warum kompliziert, wenn es noch komplizierter geht?“

RA Dr. Jakob Baldur Brugger

Vortrag für Koiné

Bozen, am 05.12.2017

© 2017

Regelungsbedarf

- Schutz des öffentlichen Auftraggebers: Gewährleistung, dass Vertragspartner die Leistungen selbst erbringt
- Risiko Infiltration des organisierten Verbrechens in das öffentliche Auftragswesen
- Schutz der KMU in öffentlichen Auftragsvergaben

© 2017

Arten des Nachunternehmereinsatzes

- „Subappalto necessario“ – Nachunternehmer liefert zwingend erforderliche Eignungsvoraussetzungen (=> Eignungsleihe)
- „Subappalto facoltativo“ – Nachunternehmer erbringt Leistungen, die der Hauptunternehmer auch selbst erbringen könnte

© 2017

Richtlinie 2014/24/EU

Artikel 71 – Vergabe von Unteraufträgen

(1) Die Einhaltung der in Artikel 18 Absatz 2 genannten Verpflichtungen durch Unterauftragnehmer wird durch geeignete Maßnahmen der zuständigen nationalen Behörden gewährleistet, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit und ihrer Aufgaben handeln.

(2) **In den Auftragsunterlagen kann der öffentliche Auftraggeber den Bieter auffordern oder von einem Mitgliedstaat verpflichtet werden, den Bieter aufzufordern, in seinem Angebot den Anteil des Auftrags, den er gegebenenfalls im Wege von Unteraufträgen an Dritte zu vergeben gedenkt, sowie die gegebenenfalls vorgeschlagenen Unterauftragnehmer anzugeben.**

(3) Die Mitgliedstaaten können vorsehen, dass der öffentliche Auftraggeber auf Wunsch des Unterauftragnehmers — und sofern die Art des Auftrags es erlaubt —, fällige Zahlungen im Zusammenhang mit den für den Wirtschaftsteilnehmer, an den der öffentliche Auftrag vergeben worden ist (Hauptauftragnehmer), erbrachten Dienstleistungen, Lieferungen oder Bauleistungen direkt an den Unterauftragnehmer leistet. Zu diesen Maßnahmen können geeignete Mechanismen gehören, die es dem Hauptauftragnehmer ermöglichen, Einwände gegen ungerechtfertigte Zahlungen zu erheben. Die Modalitäten dieser Zahlung werden in den Auftragsunterlagen dargelegt.

(4) Die Frage der Haftung des Hauptauftragnehmers bleibt von den Absätzen 1 bis 3 unberührt.

(5) Im Fall von Bauaufträgen und in Bezug auf Dienstleistungen, die in einer Einrichtung des öffentlichen Auftraggebers unter dessen direkter Aufsicht zu erbringen sind, schreibt der öffentliche Auftraggeber vor, dass der Hauptauftragnehmer ihm nach der Vergabe des Auftrags und spätestens zum Zeitpunkt des Beginns der Auftragsausführung den Namen, die Kontaktdaten und die gesetzlichen Vertreter seiner Unterauftragnehmer, die an diesen Bau- oder Dienstleistungen beteiligt sind, mitteilt, soweit sie zu diesem Zeitpunkt bekannt sind. Der öffentliche Auftraggeber schreibt vor, dass der Hauptauftragnehmer ihm alle Änderungen dieser Angaben während der Dauer des Auftrags sowie die erforderlichen Informationen in Bezug auf alle neuen Unterauftragnehmer, die in der Folge an diesen Bau-oder Dienstleistungen beteiligt werden, mitteilt.

© 2017

Codice Civile

Art. 1656

«L'appaltatore non può dare in subappalto l'esecuzione dell'opera o del servizio, se non è stato autorizzato dal committente.»

© 2017

Definition und Grenzen der NU-Beauftragung

Art. 105 Abs. 2

„Il subappalto è il contratto con il quale l'appaltatore affida a terzi l'esecuzione di parte delle prestazioni o lavorazioni oggetto del contratto di appalto. Costituisce, comunque, subappalto qualsiasi contratto avente ad oggetto attività ovunque espletate che richiedono l'impiego di manodopera, quali le forniture con posa in opera e i noli a caldo, se ***singolarmente di importo superiore al 2 per cento dell'importo delle prestazioni affidate o di importo superiore a 100.000 euro*** *e qualora* ***l'incidenza del costo della manodopera e del personale sia superiore al 50 per cento dell'importo del contratto da affidare****. Fatto salvo quanto previsto dal comma 5, l'eventuale subappalto* ***non può superare la quota del 30 per cento*** *dell'importo complessivo del contratto di lavori, servizi o forniture. L'affidatario comunica alla stazione appaltante, prima dell'inizio della prestazione, per tutti i* ***sub-contratti che non sono subappalti****, stipulati per l'esecuzione dell'appalto, il nome del sub-contraente, l'importo del sub-contratto, l'oggetto del lavoro, servizio o fornitura affidati. Sono, altresì, comunicate alla stazione appaltante eventuali modifiche a tali informazioni avvenute nel corso del sub-contratto. E' altresì fatto obbligo di acquisire nuova autorizzazione integrativa qualora l'oggetto del subappalto subisca variazioni e l'importo dello stesso sia incrementato nonché siano variati i requisiti di cui al comma 7. "*

© 2017

Keine Nachunternehmer

Art. 105 Abs. 3

„3. Le seguenti categorie di forniture o servizi, per le loro specificità, non si configurano come attività affidate in subappalto:

*a) l'affidamento di **attività specifiche a lavoratori autonomi**, per le quali occorre effettuare comunicazione alla stazione appaltante;*

b) la subfornitura a catalogo di prodotti informatici;

*c) **l'affidamento di servizi di importo inferiore a 20.000,00 euro annui a imprenditori agricoli** nei comuni classificati totalmente montani di cui all'elenco dei comuni italiani predisposto dall'Istituto nazionale di statistica (ISTAT), ovvero ricompresi nella circolare del Ministero delle finanze n. 9 del 14 giugno 1993, pubblicata nel supplemento ordinario n. 53 alla Gazzetta ufficiale della Repubblica italiana n. 141 del 18 giugno 1993, nonché nei comuni delle isole minori di cui all'allegato A annesso alla legge 28 dicembre 2001, n. 448;*

*c-bis) le prestazioni rese in favore dei soggetti affidatari in forza di **contratti continuativi di cooperazione, servizio e/o fornitura sottoscritti in epoca anteriore alla indizione della procedura** finalizzata alla aggiudicazione dell'appalto. I relativi contratti sono depositati alla stazione appaltante prima o contestualmente alla sottoscrizione del contratto di appalto. “*

© 2017

Voraussetzungen für NU-Beauftragung

Art. 105 Abs. 4

„4. I soggetti affidatari dei contratti di cui al presente codice possono affidare in subappalto le opere o i lavori, i servizi o le forniture compresi nel contratto, previa autorizzazione della stazione appaltante purché:

a) l'affidatario del subappalto ***non abbia partecipato alla procedura per l'affidamento dell'appalto****;*

b) il subappaltatore sia ***qualificato*** *nella relativa categoria;*

c) ***all'atto dell'offerta siano stati indicati i lavori o le parti di opere ovvero i servizi e le forniture o parti di servizi e forniture che si intende subappaltare****;*

d) il concorrente dimostri ***l'assenza*** *in capo ai subappaltatori dei* ***motivi di esclusione*** *di cui all'articolo 80.“*

© 2017

Dreiervorschlag für Nachunternehmer

Art. 105 Abs. 6

*„6. È obbligatoria l'**indicazione della terna di subappaltatori in sede di offerta**, qualora gli appalti di lavori, servizi e forniture siano di importo pari o superiore alle soglie di cui all'articolo 35 o, indipendentemente dall'importo a base di gara, riguardino le attività maggiormente esposte a rischio di infiltrazione mafiosa, come individuate al comma 53 dell'articolo 1 della legge 6 novembre 2012, n. 190. Nel caso di appalti aventi ad oggetto più tipologie di prestazioni, la terna di subappaltatori va indicata con riferimento a ciascuna tipologia di prestazione omogenea prevista nel bando di gara. Nel bando o nell'avviso di gara la stazione appaltante prevede, per gli **appalti sotto le soglie di cui all'articolo 35**: le modalità e le tempistiche per la verifica delle condizioni di esclusione di cui all'articolo 80 prima della stipula del contratto stesso, per l'appaltatore e i subappaltatori; l'indicazione dei mezzi di prova richiesti, per la dimostrazione delle circostanze di esclusione per gravi illeciti professionali come previsti dal comma 13 dell'articolo 80.*

© 2017

Haftung des Hauptunternehmers

Art. 105 Abs. 9

9. L'affidatario è tenuto ad osservare integralmente il trattamento economico e normativo stabilito dai **contratti collettivi nazionale e territoriale** in vigore per il settore e per la zona nella quale si eseguono le prestazioni. E', altresì, **responsabile *in solido* dell'osservanza delle norme anzidette da parte dei subappaltatori** nei confronti dei loro dipendenti per le prestazioni rese nell'ambito del subappalto. L'affidatario e, per suo tramite, i subappaltatori, trasmettono alla stazione appaltante prima dell'inizio dei lavori la documentazione di avvenuta denunzia agli enti previdenziali, inclusa la Cassa edile, ove presente, assicurativi e antinfortunistici, nonché copia del piano di cui al comma 17. Ai fini del pagamento delle prestazioni rese nell'ambito dell'appalto o del subappalto, la stazione appaltante acquisisce d'ufficio il documento unico di regolarità contributiva in corso di validità relativo all'affidatario e a tutti i subappaltatori.

© 2017

Gehaltsrückstände beim Nachunternehmer

Art. 105 Abs. 13

10. Per i contratti relativi a lavori, servizi e forniture, in caso di ritardo nel pagamento delle retribuzioni dovute al personale dipendente dell'esecutore o del subappaltatore o dei soggetti titolari di subappalti e cottimi, nonché in caso di inadempienza contributiva risultante dal documento unico di regolarità contributiva, si applicano le disposizioni di cui all'articolo 30, commi 5 e 6.

11. Nel caso di formale contestazione delle richieste di cui al comma precedente, il responsabile del procedimento inoltra le richieste e le contestazioni alla direzione provinciale del lavoro per i necessari accertamenti.

© 2017

Direktzahlungen an Nachunternehmer

Art. 105 Abs. 13

La stazione appaltante corrisponde direttamente al subappaltatore, al cottimista, al prestatore di servizi ed al fornitore di beni o lavori, l'importo dovuto per le prestazioni dagli stessi eseguite nei seguenti casi:

a) quando il subappaltatore o il cottimista è una microimpresa o piccola impresa;

b) in caso di inadempimento da parte dell'appaltatore;

c) su richiesta del subappaltatore e se la natura del contratto lo consente.

© 2017

Vertragsbedingungen für NU

Art. 105 Abs. 14

L'affidatario deve praticare, per le prestazioni affidate in subappalto, gli stessi prezzi unitari risultanti dall'aggiudicazione, con **ribasso non superiore al venti per cento**, nel rispetto degli standard qualitativi e prestazionali previsti nel contratto di appalto. L'affidatario corrisponde i **costi della sicurezza e della manodopera**, relativi alle prestazioni affidate in subappalto, alle imprese subappaltatrici **senza alcun ribasso**; la stazione appaltante, sentito il direttore dei lavori, il coordinatore della sicurezza in fase di esecuzione, ovvero il direttore dell'esecuzione, provvede alla verifica dell'effettiva applicazione della presente disposizione. L'affidatario è solidalmente responsabile con il subappaltatore degli adempimenti, da parte di questo ultimo, degli obblighi di sicurezza previsti dalla normativa vigente.

© 2017

Anfrage um NU-Einsatz

Art. 105 Abs. 18

L'affidatario che si avvale del subappalto o del cottimo deve allegare alla **copia autentica del contratto** la dichiarazione circa la sussistenza o meno di eventuali forme di controllo o di collegamento a norma dell'articolo 2359 del codice civile con il titolare del subappalto o del cottimo. Analoga dichiarazione deve essere effettuata da ciascuno dei soggetti partecipanti nel caso di raggruppamento temporaneo, società o consorzio. La stazione appaltante provvede al rilascio dell'**autorizzazione** di cui al comma 4 entro trenta giorni dalla relativa richiesta; tale termine può essere prorogato una sola volta, ove ricorrano giustificati motivi. Trascorso tale termine senza che si sia provveduto, l'autorizzazione si intende concessa. Per i **subappalti o cottimi di importo inferiore al 2 per cento dell'importo delle prestazioni affidate o di importo inferiore a 100.000 euro**, i **termini** per il rilascio dell'autorizzazione da parte della stazione appaltante sono **ridotti della metà.**

© 2017

Dr. Jakob B. Brugger
Rechtsanwalt Avvocato

j.brugger@studiobrugger.com
Kapuzinergasse 5 Via dei Cappuccini 5
I-39100 Bozen Bolzano
t +39 0471 975406
f +39 0471 975405

studiobrugger.com

© 2017